

Der Zwang und sein Beweis

Simone Heneka über Sexarbeit in der Region und die Reform des PROSTITUTIONSGESETZES

Kondompflicht, Mindestalter, Strafen für Freier von Zwangsprostituierten: Die Bundesregierung will die Arbeitsbedingungen für Huren verbessern. Simone Heneka, die beim Modellprojekt Pink (siehe Kasten) Sexarbeiterinnen begleitet, sieht vieles kritisch.

Das deutsche Prostitutionsgesetz ist eines der liberalsten Europas. Nun soll es reformiert werden. Ist das ein guter Plan, Frau Heneka?

Der Wille, das bestehende Gesetz zu novellieren und auszudehnen, ist gut. So gelingt es hoffentlich, die Rechte und die Souveränität der Frauen zu stärken. Ich halte nichts davon, Prostitution zu verbieten wie in Schweden.

Kritikern gilt dieses Gesetz, das 2002 unter Rot-Grün eingeführt wurde, als gescheitert. Es habe die Lage der Frauen verschlimmert und Zwangsprostitution begünstigt.

Ich denke nicht, dass dieses Gesetz die Zwangsprostitution begünstigt hat. Dass es immer mehr Sexarbeiterinnen gibt, die unter immer schlechteren Bedingungen arbeiten müssen, ist keine Folge des Prostitutionsgesetzes. Die Zunahme der Prostitution hat ihre Ursache vielmehr in der Globalisierung, der Migrations- und Arbeitsmarktpolitik sowie einer zunehmenden Mobilität in Europa. Klar ist aber,

dass es dem Gesetz nicht gelungen ist, die Arbeitsbedingungen der Sexarbeiterinnen wirklich zu verbessern. Profitiert haben die Bordellbetreiber. War bis 2002 das Auslegen von Kondomen als Förderung der Prostitution strafbar, so gingen mit dem Ende der Sittenwidrigkeit die Tore auf. Die Clubbetreiber haben seither ein leichteres Spiel im Milieu.

In vielen Punkten ist sich die Regierungskoalition uneins. Was wohl kommt, ist die Kondompflicht. Was halten Sie davon?

Ein solches Zeichen für die Wichtigkeit von geschütztem Verkehr zu setzen, wäre an sich gut. In Bayern und dem Saarland gibt es die Kondompflicht schon. Dort muss es entsprechende Aushänge geben, das Bordell darf nicht mit „Sex ohne“ oder „tabulosem

Verkehr“ werben, und es kann Anzeige erstattet werden, sowohl gegen den Betreiber, der es verlangt, als auch gegen den Kunden, der es einfordert. Außerdem können sich die Frauen untereinander anzeigen. Problematisch finde ich aber die Kontrollen: Es widerspricht der Menschenwürde, wenn Prostituierte und Kunden fürchten müssen, dass die Polizei das Zimmer stürmt und schaut, ob der Mann ein Kondom trägt. Da würde ich eher auf Aufklärung setzen.

Huren berichten, dass bis zu 80 Prozent der Freier nach Sex ohne Kondom fragen. Können Sie das bestätigen?

Mit Prozentzahlen tue ich mich schwer, aber meine Klientinnen berichten, dass dies immer häufiger eingefordert wird und Frauen, die es ablehnen, immer weniger verdienen. Für viele war genau das ein Grund, die Tätigkeit als Prostituierte aufzugeben.

Wie kommt es, dass so viele Freier ihre Gesundheit und die ihrer Ehefrauen riskieren?

Das ist die große Frage. Es ist nicht leicht, sich in das Denken dieser Männer hineinzuversetzen. Frauen berichten, dass Kunden sagen: „Wieso denn ein Kondom, du siehst doch gesund aus?“ Das lässt einem die Haare zu Berge stehen. Aber man darf die Freier nicht über einen Kamm scheren, ihre Vielfalt ist so groß wie die der Gesellschaft.

Verboten werden sollen künftig Flatratesex und Gang Bang. Wäre

re das positiv für die Frauen?

Darin sehe ich – genau wie beim nun diskutierten Mindestalter von 21 oder den verpflichtenden Gesundheitschecks – einen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte, den ich ablehne. Andererseits hat es etwas Menschenunwürdiges, wenn sie diese Praktiken anbieten müssen, teils auf Kosten ihrer psychischen Gesundheit.

Eine gemeinsame Forderung von Union und SPD ist die Anmeldepflicht für Prostituierte. Der Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen (BESD) sieht das als Stigmatisierung, die an die Nazizeit erinnere. Doch die Sozialministerin sagt: „Wir müssen sie erfassen, um sie schützen zu können.“ Was sagen Sie?

Der Argumentation der Regierung, über eine Anmeldepflicht könne man Zwangsprostitution eindämmen und Opfer von Menschenhandel identifizieren, kann ich nicht folgen. Eine Registrierung wird Opfer nicht dazu bringen, eine Aussage zu machen, hierfür müsste endlich das Opferschutzgesetz geändert und ausgebaut werden. Solange Prostituierte stigmatisiert und diskriminiert sind, lehne ich eine Anmeldepflicht ab. Sie hätte Überwachung, Diffamierung und Angst zur Folge. Alleinerziehende Mütter müssten fürchten, das Sorgerecht für ihre Kinder zu verlieren, Studentinnen hätten Angst, dass die Sexarbeit ihrer Karriere im Wege steht.



Soll man Gang Bang verbieten und Kondome zur Pflicht machen? Sozialarbeiterin Simone Heneka von Pink sieht das differenziert. FOTOS: DPA/ZVG

Ziel ist die Bestrafung von Freiern, die wissentlich zu Zwangsprostituierten gehen. Wie lässt sich erkennen, ob jemand diesen Beruf freiwillig macht?

Erkennbar ist für den Freier, ob eine Frau verängstigt ist, unter Drogen steht, sichtbare Verletzungen hat oder ob die Tür hinter ihr abgeschlossen wird. Diese Merkmale lassen darauf schließen, dass hier etwas nicht stimmt. Ungeklärt ist für mich jedoch, wie man dem Mann nachweisen will, dass er tatsächlich wissentlich mit einem Opfer von Menschenhandel zu tun

hatte. Grundsätzlich muss man stets die Vielfalt des Prostitutionsmilieus sehen: Es gibt Frauen, die diesen Beruf in freier Wahl und souverän ausüben. Es gibt aber auch viele, die wenn sie eine Alternative hätten, eine andere Tätigkeit wählen würden. Die Grenzen sind fließend. Eine Frau aus Osteuropa, die wegen extremer Armut ihre Heimat verlässt und hier der Prostitution nachgeht, weil Alternativen fehlen, ist zwar keinem Zwang im juristischen Sinn ausgesetzt, aber Freiheit sieht anders aus.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE SIGRUN REHM

FENSTERABDICHTUNG

Montage: Vor Ort im Montagewagen
Energiesparend (ca. 25%)
Tischmontage (ca. 25%)
F.T. Energie- und Umwelt

Goldanlage

Sounds-System-Angebot